

## 87 Fahrverbote in einer Woche

**Verkehr** Das Polizeipräsidium Reutlingen hat letzte Woche bei einem europaweiten Blitzermarathon mitgemacht.

**Tübingen.** Wer beim Autofahren gern beherzt aufs Gaspedal tritt, war vom 5. bis zum 11. August mehr als sonst im Visier der Geschwindigkeitskontrolleure. In der vergangenen Woche kamen in ganz Europa vermehrt Radarfallen zum Einsatz. Bei diesem Blitzermarathon, auch „Speedweek“ genannt, beteiligte sich auch das Polizeipräsidium Reutlingen. Laut Polizei-Pressesprecher Christian Wörner waren die Kontrollen an Stellen zu finden, wo besonders viele Unfälle vorkommen. Genaue Angaben zur Lage der Blitzer könne er jedoch nicht machen, vor allem aus taktischen Gründen.

Das Polizeipräsidium ist für vier Landkreise zuständig: Tübingen, Reutlingen, Esslingen und den Zollernalbkreis. Die örtlichen Behörden seien dafür verantwortlich, wo sie ihre Messgeräte einsetzen, so Wörner. „Die Kontrollen wechseln außerdem ständig den Ort.“ Innerorts seien die Kommunen zuständig. Allerdings gebe es Ausnahmen, um die sich die Polizei kümmert: vor Kindertagesstätten und Schulen. Wegen der Sommerferien blitzten sie nur vor Kindertagesstätten.

In einer Pressemitteilung zieht das Präsidium Bilanz. Die Polizei meldet rund 5100 Verkehrsteilnehmer, die zu schnell gefahren sind. Laut Präsidium bekommt die Mehrheit davon Verwarnungen, aber etwa 900 Autofahrer müssen mit einer Bußgeldanzeige und Punkten in Flensburg rechnen. Davon seien 87 Fahrer so schnell unterwegs gewesen, dass auf sie ein Fahrverbot zukommt.

Die Polizei verwendet für Geschwindigkeitskontrollen verschiedene Geräte. Zum einen geben es neben den üblichen Radarfallen sogenannte Lichtschrankenmessgeräte, sagt Wörner. An der Strafe stehen drei hintereinander liegende Lichtschranken. Durchbricht ein Fahrzeug diese Lichtschranken, wird jeweils die Zeit gemessen, wann es welche Schranke passiert. Mit diesen Daten lässt sich die Geschwindigkeit berechnen. Eine Laserpistole, die kurze Lichtimpulse sendet und die Reflexion vom Fahrzeug misst, komme ebenfalls zum Einsatz, so Wörner. Blitzanhänger hingegen sehen meist aus wie schräge Stromkästen mit Nummernschild und seien einfach zu transportieren.

Die europaweite Aktion soll Verkehrsunfällen vorbeugen und den Straßenverkehr sicherer machen, erklärt Wörner: „Im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidioms Reutlingen verloren im vergangenen Jahr bei 30 Verkehrsunfällen 32 Menschen ihr Leben.“ Die Ursache jedes fünften Unfalls sei die Geschwindigkeit gewesen. Und wie viel zusätzlichen Aufwand musste die Polizei nun für die „Speedweek leisten? Dazu möchte der Polizeibeamte sich nicht äußern, aber er stellt fest: „Das ist unsere Arbeit, und der gehen wir nach.“ *Rebecca Felchle*



Kurz nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan demonstrierten in Tübingen Afghanen und in der Flüchtlingshilfe Engagierte. Sie forderten die Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen. Die Bundesregierung legte ein Jahr danach ein Aufnahmeprogramm auf. Innenministerin Nancy Faeser will das nun so gut wie beenden. *Archivbild: Anne Faden*

## Ein Programm der Hoffnung

**Flüchtlingshilfe** Die Tübinger Organisation „Move on“ stellt Aufnahmeanträge für gefährdete Afghanen. Doch das könnte bald nicht mehr möglich sein. *Von Sabine Lohr*

Vor genau drei Jahren übernahmen die Taliban die Macht in Afghanistan. Seither richten sie dort einen „wahrhaft islamischen Staat“ ein. Wer sich dem nicht unterordnet, läuft Gefahr, dass gegen ihn Gewalt angewandt wird. Gefährdet sind etwa alle, die für den früheren afghanischen Staat gearbeitet haben, aber auch Menschenrechtler, Journalisten – und Angehörige von in den Westen geflohenen Afghanen.

Vor allem Frauen leiden unter den Taliban. Sediqa Hamadi, die in Tübingen promoviert, hat Kontakt zu politisch aktiven Frauen in Afghanistan und berichtet, dass sich die Situation in ihrem Heimatland für Frauen „extrem verschlechtert“ habe. Mädchen dürften die Schule nur bis zur sechsten Klasse besuchen, sie dürften nicht studieren und könnten nur in wenigen Berufen arbeiten. Das führe zu viel Armut. Aber es gibt auch Frauen, die für Frauenrechte kämpfen. „Sie leben nicht in Sicherheit, viele sind im Gefängnis und wurden gefoltert“, berichtet Hamadi. Sie weiß auch von Frauen, die unter Depression leiden. „Es gibt viele Suizide.“

Mit dem Online-Schulprojekt Maktab könnten sich zwar Kinder und Erwachsene in Afghanistan fortbilden. Doch diese Möglichkeit bestehe nur theoretisch – „es gibt dafür keine Infrastruktur“, sagt Hamadi. Alle Frauen seien in einer schlechten Lage. Manche von ihnen sind besonders gefährdet – weil sie sich für Frauenrechte engagieren, Journalistinnen sind oder in staatlichen Behörden

gearbeitet haben. Die Tübinger Organisation „Move on“ versucht, gefährdete Frauen aus Afghanistan zu holen, und stellt Anträge im Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan. Das hat die Bundesregierung im Oktober 2022 aufgelegt. Seit damals sollten monatlich bis zu 1000 gefährdete Afghaninnen und Afghanen in Deutschland aufgenommen werden. „Wir handeln und erfüllen unsere humanitäre Verantwortung“, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser damals. Bisher hätten also 22.000 Afghaninnen und Afghanen aufgenommen werden sollen. Doch es sind nur rund 540.

„Wir geben nicht auf.“

**Andreas Linder, „Move on“**

Sie wurden – nur so besteht die Chance zur Aufnahme – von meldeberechtigten Stellen vorgeschlagen. „Move on“ ist eine davon. Die Organisation hat bisher 285 Anfragen und Anträge für besonders gefährdete Menschen in Afghanistan gestellt, davon in diesem Jahr 100. Kontakt zu den Betroffenen hat „Move on“ über deren Angehörige, die in der Region leben. Viele der Menschen, für die sich „Move on“ einsetzt, sind in Afghanistan untergetaucht, weil sie von den Taliban gesucht werden.

Im Moment laufen 75 Anträge von „Move on“ für besonders gefährdete Menschen, gut die Hälfte davon für Frauen. 42 dieser Anträge wurden von der Auswahlkom-

mission des Programms ausgewählt, wie Andreas Linder von „Move on“ sagt. Von diesen haben 14 Menschen eine schriftliche Aufnahmezusage bekommen. „Sie können unter hohen Gefahren und mit enormem Geldaufwand Afghanistan verlassen“, so Linder. Die Ausreise geht grundsätzlich nur über Pakistan. Aktuell sind fünf der Familien, für die „Move on“ eine Zusage bekommen hat, in Islamabad und warten auf ihr Visum, eine Person reist gerade aus Afghanistan aus, drei weitere können ausreisen.

Linder berichtet von der Familie eines sozialdemokratischen Gouverneurs, die eine Aufnahmezusage bekommen hat. „Die haben ihr ganzes Geld zusammengerkratzt, um die 1500 Dollar für die Pässe und nochmal 1500 Dollar für das Visum zusammenzukratzen.“ Die Familie habe zwei Jahre lang versteckt gelebt und alles verkauft, was sie besaß. Es reichte nicht. Linder hat deshalb gezielt bei der SPD um Spenden geworben – mit Erfolg. Die Familie will nun ausreisen.

### Forderungen an die Bundesregierung

**Die zivilgesellschaftlichen Meldestellen** und andere Organisationen fordern von der Bundesregierung in einem gemeinsamen Statement, das Bundesaufnahmeprogramm wie geplant weiterzuführen und mindestens

bis zum Ende der Legislaturperiode vollumfänglich weiter zu finanzieren. Die Regierung müsse, um das von ihr selbst gesteckte Ziel, bis zu 1000 gefährdete Personen im Monat aufzunehmen – also insgesamt bis zu 36.000 Per-

sonen – weiter verfolgen und umsetzen. Der Tübinger Bundestagsabgeordnete Martin Rosemann (SPD) unterstützt das, verweist aber darauf, dass die „richtigen“ Haushaltsverhandlungen erst im September beginnen.

### Neu im Gemeinderat

## Nathalie Denoix für die SPD



**Nathalie Denoix** ärgerte sich, als der Tübinger Gemeinderat beschloss, die Öffnungszeiten der Kitas zu reduzieren. „Dass da keine kreativeren Lösungen gefunden wurden, hat mich gewundert.“ Sie demonstrierte mit, als Eltern und Kinder im Januar 2023 auf dem Marktplatz ihren Unmut äußerten. Und sie beschloss, das Thema nicht ruhen zu lassen und dafür für den Gemeinderat zu kandidieren. Gewählt wurde sie dann mit 14.057 Stimmen.

In der SPD ist Denoix schon länger aktiv: Die Gemeinschaftsschullehrerin (sie unterrichtet an einer Schule in Weil im Schönbuch) war drei Jahre lang im Ortsvereinsvorstand. Ein Amt, dass sie nun als Stadträtin nicht mehr ausüben möchte, weil ihr das zu viel wird. Auch ihre Arbeitszeit reduziert sie, denn die Arbeit im Gemeinderat sei „unfassbar zeitaufwändig“. „Wenn alle sagen, man muss was machen, aber keiner macht was, dann hilft das nichts“, sagt sie zu ihrer Motivation.

Also will sie am Thema drangleiben. „Ich weiß, was es heißt – oft für die Mamas –, wenn es keine Betreuung für die Kinder gibt“, sagt die Mutter von zwei Kindern. Zur Familie gehört außerdem noch der Sohn ihres Mannes. „Die Eltern von Kitakindern haben keine Lobby im Gemeinderat“, ist sie sicher. Diese Lücke will sie füllen. „Ich werde nerven“, verspricht sie. Weil ihr das Thema Betreuung am Herzen liegt, ist Denoix auch Mitglied des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales und des Integrationsrates.

*slo/Privatbild: Fabian Lämmle*

## Nähen mit Stoffresten

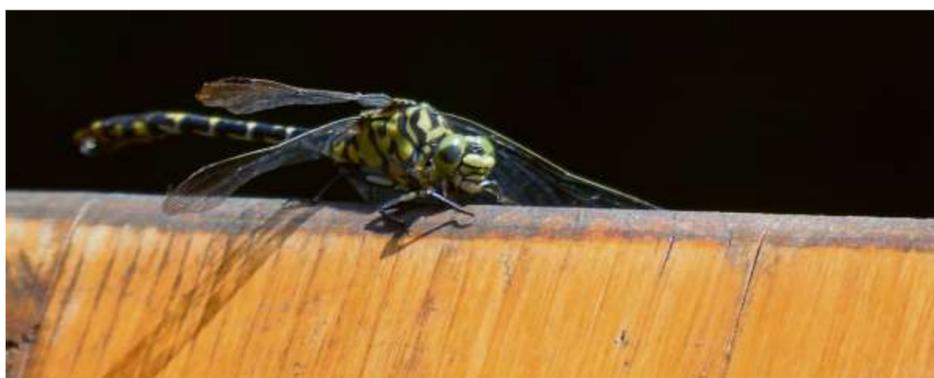
**Jugendbibliothek** Einmal im Monat den Umgang mit der Nähmaschine testen.

**Tübingen.** Mit „Stoffkreationen mit Sofia“ startet die Stadtbücherei (Nonnengasse 19) eine monatliche Veranstaltungsreihe, in der Jugendliche sich im Umgang mit Stoff und Nähmaschine ausprobieren können. Neben Infos zur Textil- und Kunststoffindustrie können Ideen umgesetzt und aus Stoffresten praktische Alltagsgegenstände gestaltet werden. Los geht es am Samstag, 17. August, von 11 bis 13 Uhr in der Jugendbibliothek im ersten Obergeschoss. Weitere Termine sind 21. September, 12. Oktober, 9. November und 7. Dezember. Unter der Mailadresse [stadtbuecherei@tuebingen.de](mailto:stadtbuecherei@tuebingen.de) können Jugendliche ab 13 Jahren sich ab sofort anmelden. Der Eintritt ist frei, und Vorkenntnisse sind nicht notwendig. Die Veranstaltung ist Teil einer klimaneutralen Umgestaltung in der Stadtbücherei mit dem Titel „Die Jugendbibliothek macht blau.“ *ST*

## Weststatt Bürgerinitiative lädt ein

**Tübingen.** Die Bürgerinitiative Weststatt stellt am Mittwoch, 21. August, um 19 Uhr ihre Arbeit vor, bei einem Treffen auf dem Hof der Grundschule im Aischbach im Weststadt-Programm „Sommer an der Ammer“. Bei Brezel, Wein oder Saft wird in kurzen Beiträgen über Aktivitäten des vergangenen Jahres, über den Stadtteiltreff Weststatt („Blaues Haus“, Herrenberger Straße 61) und künftige Aktivitäten informiert. Alle Interessierten sind eingeladen. *ST*

### DAS TIER DES TAGES



**Eine Libelle** rastet auf einer Stocherkahn-Rückenlehne. *Leserbild: Helga Mundel*

## Wanderung Von Mühringen nach Bad Innu

**Kilchberg.** Zur Tageswanderung „Bad Innu – Mühringen“ am Sonntag, 25. August, mit Wanderführerin Gudrun Leukart lädt die Ortsgruppe Kilchberg-Rottenburg des Schwäbischen Albvereins. Abfahrt mit dem Zug ab Kiebingen ist um 9.35 Uhr. Die Wanderstrecke von Mühringen nach Bad Innu ist etwa 12 Kilometer weit. Unterwegs wird Pause mit Rucksackvesper gemacht. Für Familien gibt es eine tolle 5-Kilometer-Rundwanderung in Bad Innu.

### Stuhl-Platzkonzert WHO

**Tübingen.** In der Reihe Stuhl-Platzkonzerte auf WHO spielt am Freitag, 16. August, um 19 Uhr auf dem Hof vor der Dietrich-Bonhoeffer-Kirche (Berliner Ring 12), die Gruppe Horsemountain. Sie präsentieren Songs aus Pop, Country und frühem Rock 'n' Roll.

### Hockete im Lehrgarten

**Weilheim.** Hogga – Schwätza – Ebbes Guads zum Essa ond Trinka: Der Obst- und Gartenbauverein Weilheim lädt ein zur Hockete im Lehrgarten (Talstraße 6) am Sonntag, 18. August, von 13 bis 19 Uhr mit Kinderprogramm und Infos rund um die Streuobstwiesen.